



„Es herrscht Krieg um Energie“

Die Berliner Forscherin Claudia Kemfert über die Macht des fossilen Imperiums, postfaktischen Irrsinn und die To-Do-Liste der Regierung

Claudia Kemfert ist streitbar. Die Berliner Energieforscherin sieht die Energiewende in Gefahr – und benutzt drastische Worte, um den Rollback zu beschreiben. Die alten Energien und Klimaskeptiker gingen nicht kampfflos vom Platz, sondern nutzten Propaganda und „Fake News“, um die öffentliche Meinung umzupolen. „Es herrscht Krieg zwischen der alten und der neuen Energiewelt, das fossile Im-

perium schlägt zurück“, sagt sie im Interview. Kemfert hat ihre persönlichen Erfahrungen damit gemacht, wie vermint das Thema ist. Unlängst wurde ihre Website gehackt und durch Fotos von chinesischen Fahrrädern verunstaltet, und nach einem Auftritt bei Phoenix löschte ein User namens „Informationswiedergutmachung“ alle wissenschaftlichen Publikationen aus dem Wikipedia-Eintrag zu Kemfert.

Frau Professorin Kemfert, Sie testen als führende Energiewende-Verfechterin gerade, ob das Sprichwort stimmt: „Viel Feind, viel Ehr?“ Richtig?

Zum Glück habe ich sehr viel mehr Freunde als Feinde. Als Wissenschaftlerin sehe ich die volkswirtschaftlich notwendige und vernünftige Energiewende in Gefahr. Aber leider formieren sich die Gegner gerade sehr massiv, während sich die Befürworter der

Energiewende in Sicherheit wiegen. Ich warne vor Überheblichkeit. Vordergründig scheint alles in Butter. Doch hinter den Kulissen wird die Energiewende mit aller Kraft ausgebremst.

Ihre Wortwahl ist hart. „Das fossile Imperium schlägt zurück“ ist der Titel Ihres neuen Buchs. Steht es wirklich so schlecht um die Energiewende? Immerhin schon ein Drittel des in Deutschland verbrauchten Stroms ist „öko“. Keine Erfolgsgeschichte?

Natürlich ist die Energiewende eine Erfolgsgeschichte. Genau deswegen wird sie von denjenigen bekämpft, die mit herkömmlichen Energien ihr Geld verdienen und das noch möglichst lang weiter tun wollen. Die Energiewende ist quasi Opfer des eigenen Erfolgs. Leider hat die alte Energiewelt ihre politischen Handlanger, wie man in den USA beobachten kann. Dort scharf Präsident Trump eine Regierung aus Klimaskeptikern, Atomlobbyisten und Öl-Industriellen um sich. Damit wird überdeutlich: Es herrscht Krieg zwischen der alten und der neuen Energiewelt, das fossile Imperium schlägt zurück. Aber das passiert weniger sichtbar, aber genauso drastisch auch in Europa, ja sogar im Land der Klimakanzlerin. Deshalb muss die Energiewende jetzt verteidigt werden. Nicht nur die Wissenschaft ist gefordert – auch Bürgerinnen und Bürger müssen sich jetzt für sie einsetzen. Alle gemeinsam. Im Netz und sichtbar demonstrierend auf der Straße. Auf den beeindruckenden „Women’s March“ und den „March for Science“ kürzlich folgt hoffentlich bald ein ebensolcher globaler „Climate March“.

Wo findet bei uns denn der „Krieg um Energie“ statt? Es gibt hierzulande keinen Politiker, außer von der AfD, die sich gegen die Energiewende ausspricht.

Sagen wir es so: Es gibt wenige Politiker, die sich offen dagegen aussprechen. Dennoch wird hinter den Kulissen hart gekämpft. Zwar wird so getan, als seien alle Maßnahmen im Sinne der Energiewende. Doch dann werden genau gegenteilige Entscheidungen gefällt, etwa die Begrenzung des Ausbaus erneuerbarer Energien, die Einführung eines Kohlevorrangs, Kohleabwrackprämien oder überdimensionierte Netze. Dies alles dient in keinster Weise einer erfolgreichen und klugen Energiewende – im Gegenteil. Zur Verschleierung werden Gespens-terdebatten geführt. Zudem werden immer dreister alle möglichen Falschbehauptungen verbreitet, die sich immer mehr ins kollektive Gedächtnis einnisten.

Was ist denn der „postfaktische Irrsinn“, der Ihrer Meinung nach verbreitet wird?

Ganz sicher hat jeder von uns die Mythen und Behauptungen alle schon gehört, die mit bislang unbekannter Aggressivität verbreitet werden: Mit der Energiewende drohten Blackouts, wir bräuchten Kohlekraftwerke für die Grundlast, es bedürfe eines umfangreichen Netzausbaus, damit der Strom von der Nordsee nach Bayern gelangen könne, und so weiter. Alles falsch, aber alles in den Köpfen der Menschen – und zwar selbst in denen von kritischen Journalisten und engagierten Politikern.

Umwelt- und Energieminister von den Grünen wie Robert Habeck in Schleswig-Holstein und Franz Untersteller in Baden-Württemberg spreche sich für die neuen Stromtrassen aus. Sie meinen tatsächlich, die haben keine Ahnung?

Beide glauben den Mythos, dass erst Stromleitungen gebaut werden müssten, um erneuerbare Energien ins Netz zu integrieren. Beide übersehen, dass ein Netzausbau in erster Linie dem Transport von Kohlestrom dient. Zwei von drei Stromtrassen werden dafür gebaut. Je mehr Stromtrassen, desto mehr Kohlestrom, das zeigen nicht nur unsere Modellrechnungen. Statt für Stromleitungen zu kämpfen, sollten beide für einen konsequenten Kohleausstieg eintreten.

Wer steckt hinter den „Postfakten“?

Knallharte Wirtschaftsinteressen. Jeder Tag, den wir diskutieren statt zu handeln, verschafft der alten Energiewelt Zeit. Und Zeit ist Geld, viel Geld. Das haben die Konzerne sehr lange mit herkömmlichen Geschäftsmodellen verdient. Nun tun sie sich schwer umzusteuern. Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit. Das versuchen sie, mit Hilfe von Kommunikationsprofis zu verhindern. Die Mythen der Vergangenheit dienen dem Umsatz von heute – und dies Heute soll noch möglichst lange andauern. Die Energiewende-Gegner betreiben professionelle Lobbyarbeit mit einprägsamen Slogans, emotionalen Bildern und Schlagworten, die sich leicht weitersagen lassen. Die PR-Profis denken sich post-faktische Aussagen aus, die sie in Varianten testen, um dann die erfolgreichsten Formulierungen mittels sozialer Medien zu verbreiten. Dort finden sie großes Echo und Gehör. Propaganda eben. Leider sehr wirksam.

Ist die Politik denn nur eine Marionette der Industrie?

Die Lobby ist sehr stark und aggressiv. In den unsicheren Zeiten bekommen einfache Falschbe-

ZUR PERSON

Claudia Kemfert leitet am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin die Abteilung für Energie, Verkehr und Umwelt. Und sie ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance in Berlin. Von 2004 bis 2009 hatte sie eine Professur für Umweltökonomie an der Humboldt-Universität inne.

Studiert hat sie Wirtschaftswissenschaften in Bielefeld, Oldenburg und Stanford. Ihr jüngstes Buch „Das fossile Imperium schlägt zurück“ ist im Murmann-Verlag, Hamburg, erschienen, Preis: 14,90 Euro.

Die Wissenschaftlerin ist Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen, der das Bundesumweltministerium berät, und gehört dem Präsidium des Thinktanks Club of Rome an. Sie sitzt in Beiräten mehrerer Forschungsinstitute und war als Beraterin für EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso tätig.

Die 48-Jährige ist mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Helmholtz- und der Leibniz-Gesellschaft als Spitzenforscherin, 2016

„Es herrscht Krieg zwischen der alten und der neuen Energiewelt, das fossile Imperium schlägt zurück. Deshalb muss die Energiewende jetzt verteidigt werden. Nicht nur die Wissenschaft ist gefordert – auch Bürgerinnen und Bürger müssen sich jetzt für sie einsetzen.“

hauptungen und Antworten viel Gehör. Populisten sind auf dem Vormarsch. Wer Propagandisten das Feld überlässt, darf sich nicht wundern, wenn dringend notwendige Maßnahmen ewig lange hinausgezögert werden. Wir verschwenden so wertvolle Zeit. Deshalb ist ja auch die Wissenschaft so gefordert. Unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen eindeutig, dass aufgrund des Klimawandels, der geopolitischen Ressourcenkonflikte, der wirtschaftlichen Ungleichheit und drohender Kriege der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur wirtschaftlich lohnend, sondern demokratiefördernd und somit friedensstiftend ist. Eine Volkswirtschaft sollte in die Zukunft investieren und nicht in die Machtstrukturen der Vergangenheit. Das muss immer wieder deutlich gemacht werden.

Kanzlerin Merkel hat den zweiten Atomausstieg nach Fukushima fast im Alleingang durchgesetzt – wohl kaum ein Zeichen für Industriebürgigkeit.

Aber erst, nachdem sie kurz vorher die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert hatte, ganz im Sinne der alten Energiewelt. Erinnern Sie sich: Nach Fukushima gingen die Menschen in Deutschland wieder massenhaft demonstrierend auf die Straße. Erst auf diesen politischen Druck hin ist die Politik zu dem bereits 2000 beschlossenen Atomausstieg zurückgekehrt. Bestens ablesen kann man die große Industriebürgigkeit an der nicht existierenden Verkehrswende. Deutschland verhindert in Europa seit Jahren schärfere Emissionsgrenzwerte für Fahrzeuge. Der wahre Skandal im Diesel-Skandal ist die Tatsache, dass wir noch immer den Dieselpreis durch niedrige Steuern subventionieren. Nur die simple Streichung dieses Steuervorteils gegenüber Benzin würde sieben Milliarden Euro einbringen. Diesen Betrag könnten wir sehr sinnvoll für den Umbau des Verkehrssektors einsetzen. Aber nein, lieber werden die Privilegien der fossilen Industrien beibehalten.

Wie konnte die Energiewende in Deutschland überhaupt so weit gedeihen, wenn der Energiesektor so starkem Lobbydruck ausgesetzt ist, wie Sie sagen?

Die Energiewende hat eine lange Geschichte, die bis in die 1970er Jahre zurückreicht. Schon unter Helmut Kohl Anfang der 90er Jahre wurde der Vorläufer der EEG-Umlage erfunden. Damals wollte man mit diesen Maßnahmen einen Nischenmarkt kaltstellen. Als im Jahr 2000 unter Rot-Grün die ersten Ziele festgeschrieben wurden, hat niemand mit einem so schnellen Siegeszug der erneuerbarer Energien gerechnet – selbst die Befürworter nicht.

Und nun – Ende der Wende?

Mit der Digitalisierung könnte die Erfolgsgeschichte der Energiewende sogar noch schneller gehen. Bürgergenossenschaften entstehen, neue Vertriebswege werden entdeckt, die technischen Innovationen entwickeln sich rasant. Plötzlich wird der alten Energiewelt bewusst, wie sehr sie auf dem absteigenden Ast sitzt. Und deswegen kämpfen die fossilen Vertreter jetzt mit aller Kraft um ihre Pfründe. Leider verzögern sie ihren Niedergang sehr erfolgreich.

Sie malen sehr schwarz. Die Kosten von Wind- und Solarenergie sind so rapide gesunken, dass sie in vielen Ländern bereits günstiger sind als neue fossile Kraftwerke, und die Öko-Energien werden sich über kurz oder lang durchsetzen. Glauben Sie wirklich, die „Postfakten“ können das verhindern?

Ich male nicht schwarz, sondern sehr bunt. Ich freue mich über die Vielfalt an Ideen und Lösungen, die im Zusammenhang mit der Energiewende auf den Markt kommen. Übrigens bin ich es, die beharrlich darauf hinweist, dass die Kosten der erneuerbaren Energien immer weiter sinken. Und es sind die Gegner der Energiewende, die das Lied vom teuren Ökostrom und gigantischen Kostenexplosionen durch die Energiewende in Endlosschleife singen. Mit diesen falschen Argumenten begründen sie ja die Forderung nach einem Tempolimit für die Energiewende. Warum sollte man den Ausbau günstiger und klimafreundlicher Energien sonst beschränken? Wir könnten bis 2050 den Anteil erneuerbarer Energien auf 80 Prozent ansteigen lassen, wie es Ziel der Energiewende ist. Dafür müssten wir aber den Ausbau beschleunigen und nicht bremsen. Der Ausbaustopp ist Unsinn und nichts als ein Zugeständnis an die konventionelle Energiewelt.

Was muss in Deutschland geschehen, um die Energiewende-Ziele zu erreichen?

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Energiewende und müssen die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt rücken. Als erstes muss der absurde Ausbaustopp aufgehoben werden, dann der Umbau des Stromsystems konsequent vollzogen werden. Auf den Atomausstieg muss der Kohleausstieg folgen, das letzte Kohlekraftwerk sollte spätestens im Jahr 2040 vom Netz gehen. Zudem müssen die Marktstrukturen so angepasst werden, dass ein flexibles, dynamisches und intelligentes Energie- und Lastmanagement ermöglicht wird. Mittelfristig werden auch Speicher benötigt. Und natürlich geht es um sehr viel mehr als nur um Strom: Auch der Gebäudesektor muss mehr zur Energiewende beitragen. Dafür müssen wir Energiesparen fördern. Außerdem muss möglichst rasch der Verkehrssektor dekarbonisiert werden. Das heißt: überflüssigen Verkehr vermeiden, Verkehrsflüsse optimieren und klimaschonende und nachhaltige Antriebstechniken und -stoffe einsetzen. Kurz: Die To-do-Liste der Bundesregierung ist längst klar. Sie muss sie nur endlich anpacken.

Interview: Joachim Wille